

Die „Volkstimme“
erscheint täglich mit Ausnahme
der Tage nach Sonn- und
Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Baumüller, Magdeburg.
Für den Inseratenteil
verantwortlich:
Carl Sankau, Magdeburg.
Verlag von B. Harbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Druck von E. Arnoldt,
Magdeburg.
Gernsyrer-Druckerei
Nr. 1567, Amt I.

Volkstimme

Pränumerando halbjähriger
Abonnementpreis:
Vierteiljährlich inkl. Bringerlohn
2 M. 25 Pf., monatlich 80 Pf.
In der Expedition u. den An-
gabestellen 2 M., monatlich 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 M.
zähl. Bestellgeld,
Eingelne Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Zeitungsliste Nr. 7095.
Inserationsgebühr 15 Pf.
Arbeitsmarkt 10 Pf.
für die gewöhnliche Seite.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Redaktion und Expedition: Magdeburg, Schmiedehofstraße 5 u. 6. Motto: Die Wissenschaft und die Arbeiter
Ferdinand Lassalle.

No. 72.

Magdeburg, Dienstag, den 26. März 1895.

6. Jahrgang.

Abgeblitzt — gestürzt.

Die Mehrheit der deutschen Volksvertretung ist vor dem nationalliberal-antifemistisch-agrarischen Rüttelbund nicht zu Kreuze getrocknet — hat dem Fürsten Bismarck die Huldigung verweigert und den Präsidenten des Deutschen Reichstages gestürzt. Ein Freudenjubel entströmt unserer Brust!

Um die gährende Unzufriedenheit zu unterdrücken, die sich in allen Schichten der Bevölkerung bemerkbar gemacht hat, um die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes von den dem Volke drohenden Gefahren abzulenken, ist von denjenigen Parteien, welche das Volk politisch und wirtschaftlich knebeln, es mit neuen Lasten bepacken wollen, eine große Ovation zu Ehren des Mannes eingeleitet worden, dessen Politik Tausende brave, unschuldige Menschen in das Jenseits beförderte, andere an den Bettelstab, an den Abgrund des Verderbens getrieben hat. Wir haben nichts dagegen, wenn Personen, die unter dem Regierungssystem des Fürsten Bismarck ihr „Heu in das Trockene“ gebracht, durch dessen Wirtschaftssystem Millionäre geworden sind, sich ihrem Nährvater dankbar zeigen und ihn aus lauter Dankbarkeit zu Füßen fallen; wir können aber nicht einsehen und können auch nicht zugeben, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes, das unter der Regierungs- und Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck schwer zu leiden hatte, seinem Widersacher vergeben, seine Thaten vergessen sollte.

Das Anfechten der Bismarckverehrer, den Reichstag zu einer Ovation zu Gunsten des Fürsten Bismarck zu veranlassen, was gleichbedeutend gewesen wäre mit einer Ovation zu Gunsten des Bismarckschen Regierungs- und Wirtschaftssystems, mußte mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden. Die Vertrauensleute des Reichstages haben den Präsidenten hierüber nicht im unklaren gelassen und entschieden ausgesprochen, daß sie eine Ovation an den Fürsten Bismarck nicht zugeben werden. Der Präsident ließ sich jedoch von seinem Vorhaben nicht abbringen. Im Reichstage trat immer mehr die Ueberzeugung hervor, daß von einer sehr hohen Stelle aus ein Druck auf den Präsidenten ausgeübt worden ist — der See raste, er wollte ein Opfer haben. Und er erhielt es auch.

Vorge vor Beginn der Sitzung am Sonnabend war die Wandelhalle des Reichstages mit Abgeordneten gefüllt, die in Gruppen gehend und stehend lebhaft den Ausgang der heutigen Verhandlungen besprachen. Vorge vor Beginn der Sitzung waren die Tribünen, die Hof- und Diplomatengänge gefüllt; der Bundesrat war bis auf den letzten Mann vertreten, die Minister bis auf den Reichskanzler sämtlich zur Stelle. Man wußte, daß die Parteien, welche die Ovation ablehnen würden — die Reichsfeinde — über einige dreißig Stimmen mehr haben würden, als die Verehrer des Fürsten Bismarck, doch man hoffte, daß nicht alle Abgeordneten zur Stelle, ganz besonders die süddeutschen „Reichsfeinde“ fehlen würden. Die Situation war also keineswegs geklärt; mit Spannung erwarteten Abgeordnete und Zuhörer den Beginn der heutigen Sitzung. Endlich, es mochte 1/2 2 Uhr sein, erkönte die Glocke des Präsidenten — lautlose Stille. Der Präsident eröffnete die Sitzung, seine Stimme zittert. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Formalitäten erbat Herr v. Bevekom vom Haupte die Ermächtigung, dem früheren Reichskanzler Fürsten Bismarck, einem der wenigen noch übrigen Hauptbegründer des Deutschen Reiches zur Vollendung des 80. Lebensjahres die Glückwünsche des Reichstages abzusprechen. Es wurden darauf namens der Parteien die folgenden Erklärungen abgegeben. Graf Hompeich erklärte, das Zentrum könne sich an einer unterchiedslosen Billigung der Grundzüge und Handlungen des Fürsten Bismarck, wie sie in der Gutheißung der Gratulation liegen würde, nicht beteiligen; Fürst Bismarck sei ein unteilbares Ganze. Abg. v. Bennigsen stellte die Gratulation für den Fürsten, dem Deutschland seine nationale Einheit und seine Machtstellung in der Welt in erster Linie verdanke, als eine Ehrenpflicht des Reichstages dar, der ohne ihn gänzlich existieren würde. Abg. Richter verlas eine Erklärung, welche die beabsichtigte Ehrung als eine zu parteipolitischen Zwecken ausgenutzte Demonstration charakterisiert. Die Partei erkenne die großen Verdienste des Fürsten um das Deutsche Einigungswort an, habe ihn aber als Vertreter eines dem Liberalismus todschlagenden Systems der Interessenpolitik, das im Volke demoralisierend gewirkt habe, stets bekämpft. Auch seine nach der Enthebung vom Amte fortgesetzten Versuche, seine Autorität zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung einzusetzen, hinderten die Partei, sich an dem geplanten politischen Akte zu beteiligen. Nach dem Abg. von Manteuffel würde das deutsche Volk es nicht verstehen, wenn der Reichstag, das Kind des Fürsten Bismarck, dem Vater die Gratulation verweigern würde;

einer so großen weltgeschichtlichen Persönlichkeit gegenüber hätten die kleinsten Bedenken zurückzutreten. Die Sozialdemokraten erklärten durch Singer, keinen Anlaß zu haben, dem Brotverteuerer, dem Richter des arbeitenden Volkes eine Vertrauenskundgebung zu Teil werden zu lassen. Abg. Nickerl teilte kurz mit, daß die freisinnige Vereinerung in der Zustimmung zu dem Wunsche des Präsidenten nahezu einig sei. Fürst Radziwill gab namens der Polen dieselbe ablehnende Erklärung ab, die im Abgeordnetenhaus der Abg. Motzy verlesen hatte. Herr von Kardorff gab in der Vorahnung eines ungünstigen Ausganges seiner Stimmung ganz besonders bitteren Ausdruck; er sprach von der Absicht der Gegner, den Reichstag auf das Niveau der Berliner Stadtverordneten-Versammlung herabzudrücken, und hielt dafür, daß der Reichstag durch ein verneinendes Votum sich vor der ganzen Welt und für alle Jahrhunderte unsterblich lächerlich machen werde. Der Welsche von Habenberg ersuchte, die Deutschhannoveraner ausdrücklich von der Gratulation auszunehmen, die einem Manne zugebracht sei, der unter Mißachtung und schwerer Verletzung des Rechts der deutschen Fürsten und Volksstämme Hannover zu einer preussischen Provinz gemacht habe. Graf zu Jan- und Knyphausen, sprach sich im Gegensatz zu dem Vordredner als ausgeföhnter Welsche für die Ovation aus. Den Reigen der Erklärer schloß Herr Liebermann von Sonnenberg: Die Antifemiten wollen freudigen Herzens und aus Dankbarkeit dem Baumeister des Deutschen Reichs die Glückwünsche des Reichstages aussprechen lassen und sehen voraus, daß die Ablehnung die Autorität des Reichstages schwer schädigen und den Spott des Auslandes herausfordern wird. Die Erklärungen lauten:

Abg. Graf Hompeich (Str.): In der Voraussicht, daß der Präsident den eben gehörten Vorschlag dem Reichstag unterbreiten würde, habe ich im Namen meiner politischen Freunde folgende Erklärung abgegeben: Die beantragte Beglückwünschung des Fürsten Bismarck seitens des Reichstages gilt der politischen Persönlichkeit, ist ein politischer Akt. Dieses um so mehr, als schon seit Wochen einem desfallsigen Beschlusse des Reichstages die Eigenschaft einer ganz besondern Ehrung des Staatsmannes als solche beigelegt wird. Das Centrum kann sich an einer unterchiedslosen Billigung der Grundzüge, nach denen Fürst Bismarck die deutsche und preussische Politik geleitet hat und heute noch zu beeinflussen scheint, und unterchiedsloser Billigung zahlreicher der wichtigsten Anregungen und Handlungen, in denen jene Grundzüge Ausdruck finden, nicht beteiligen. Das Centrum kann ebenso wenig dem Verdacht einer solchen Billigung entgegen, wenn es den Vorschlag ohne allen Widerspruch läßt, denn Fürst Bismarck ist ein unteilbares Ganze. (Große Heiterkeit rechts und bei den Nationalliberalen. Lebhaftige Zustimmung im Centrum und links.) Die Rücksichten der Höflichkeit, welche vor zehn Jahren walteten, fallen von dem Augenblick, da Fürst Bismarck nicht mehr im Amte ist, gänzlich fort. (Zuruf rechts: Oho!) Ebenso wenig können Ehrenbezeugungen, die aktiven Reichstagsmitgliedern erwiesen werden, hier in Betracht kommen. (Sehr wahr! im Centrum.) Somit sind wir zu unserem Bedauern außer Stande, einem Glückwunsch von Seiten des Reichstages zuzustimmen. (Beifall im Centrum, Unruhe rechts.) Wir verzichten jedoch auf die Aufzählung derjenigen Gründe, die es uns in einzelnen unmöglich machen, dem Vorschlage beizutreten, um nicht durch Streit um eine Persönlichkeit die ohnehin große Schwierigkeit der Lage zu erhöhen. Das ist unsere Erklärung, ich habe nichts hinzuzufügen. (Beifall im Centrum. Warm rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. v. Bennigsen (nl.): Meinen politischen Freunden erlaube ich es als eine Ehrenpflicht, dem Fürsten Bismarck, welchem Deutschland seine nationale Einheit und seine Machtstellung in der Welt in erster Linie verdankt (Beifall rechts), zum 80. Geburtstag durch den Präsidenten die Glückwünsche des Reichstages auszusprechen. Viele Tausende von Deutschen aller Berufsstände und der verschiedensten politischen Anschauungen (sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen) rufen sich jetzt in der Heimat und in der Ferne, den 80. Geburtstag des großen Staatsmannes in würdiger Weise zu feiern. Nicht begreifen würde man es, und unverständlich würde es bleiben in unserem Vaterlande und außerhalb desselben (sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen) wenn allein der deutsche Reichstag, welcher gänzlich existieren würde (lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen) ohne die erfolgreiche politische Tätigkeit des Fürsten Bismarck, gewissermaßen allein an diesem Tage unteilbar und großartig zur Seite stünde. Ich weiß wohl, für die großen und umfassenden Aufgaben und für die Arbeit eines langen aufopfernden, im Dienste des Vaterlandes zugebrachten Lebens, da war neben anderen unteilbaren Eigenschaften des Charakters auch ein überaus großes Maß von Willenskraft und Lebenskraft erforderlich, die das Gelingen der großen nationalen Arbeit bedingten, allerdings vielfach auch Veranlassung zu scharfen Gegensätzen und Kämpfen auf dem Gebiet der inneren Politik in Preußen und in Deutschland geben; aber es wäre doch ein bedauerliches Fehlen für die Verrichtung einer großen Nation (sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen), wenn sie in dem Momente einer so seltenen Feier des 80. Geburtstages eines Mannes, welcher, seit Jahren an der praktischen Tätigkeit ausgeglichen, mit keiner der Parteien in parlamentarischen Kämpfen mehr begriffen ist, nicht die Erinnerung an politische Gegensätze und schwere Kämpfe unbesungen genug sein könnte zurückzutreten zu lassen (sehr wahr! rechts und bei den Nationalliberalen), gegenüber der unbefangenen historischen Würdigung einer großen Persönlichkeit, welcher Jahrhunderte unserer deutschen Geschichte weniger nur an die Seite zu stellen im Stande sind. (lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Richter (Freis. Rp.): Namens der freisinnigen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei habe ich zu erklären: Die angelegte Beglückwünschung als einfache Bekundung menschlicher Teilnahme für den hochbejahrten Staatsmann anzusehen, Bismarck selbst schon die Art, wie ein Teil der Anhänger des Fürsten Bismarck beifallen ist, die Geburtstagsfeier zu einem politischen Jubiläumssak für denselben unangelegentlich und zu parteipolitischen Zwecken für sich selbst auszubilden. (Sehr richtig!) Auch wir verkennen durchaus nicht die großen Verdienste des Fürsten Bismarck um das deutsche Einigungswort und die

auswärtige Politik unseres Vaterlandes. (Zwischenrufe rechts.) — Die Unterbrechungen befinden sich, wie Sie hierbei parteipolitisch sind. — Aber die Persönlichkeit des Fürsten Bismarck kann und muß beansprucht, ganz und ungeteilt beurteilt zu werden. Fürst Bismarck ist zugleich der Träger eines Systems der inneren Politik, das wie alle dem Liberalismus und dem parlamentarischen Wesen entgegengesetzt angesehen werden müssen und deshalb im Interesse von Volk und Vaterland zu bekämpfen stets für unsere patriotische Pflicht erachtet haben. (Beifall links, Laufen rechts und bei den Nationalliberalen.) Insbesondere hat Fürst Bismarck im letzten Abschnitt seiner amtlichen Wirksamkeit jene die Volkseinheit zerschneidenden Interessenkämpfe entzündet und geschürt, welche auf weite Kreise der Bevölkerung politisch demoralisierend einwirkten, die Gegenwart schwer belasteten und die Zukunft unserer nationalen Entwicklung mit Besorgnissen erfüllen. (Oho! rechts. Sehr gut! links.) Auch nachdem der amtlichen Tätigkeit des Fürsten Bismarck ein Ziel gesetzt worden ist, wußt derselbe mit der ganzen Autorität seiner Person auf die öffentliche Meinung einzuwirken in einer Richtung, welche die Entfaltung der inneren Politik in gefährliche Bahnen verhielt oder erschwert. Wir beharren daher, dem Erlöschen des Herrn Präsidenten keine Folge geben zu können. (lebhafter Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Manteuffel (bl.): Ich bitte Sie, im Namen meiner politischen Freunde dem Wunsch, dem der Präsident Ausdruck gegeben hat, Folge zu leisten. Das deutsche Volk würde es nicht verstehen (Widerpruch links), wenn der deutsche Reichstag an dem Tage, an dem der Fürst Bismarck sein 80. Lebensjahr vollendet, unter den Gratulationen in Friedrichsruh fehlen sollte. Der deutsche Reichstag verdankt sein Entstehen doch im Wesentlichen dem Fürsten Bismarck. Will dem Vater des deutschen Reichstages das Kind seine Gratulation und Ovation verweigern? Das halte ich für undenkbar. Ich will nicht eingehen auf die Ausführungen, die Abg. Richter gemacht hat bezüglich der politischen Stellung des Fürsten Bismarck, auch nicht auf die Reklamationen, die Graf Hompeich verlas. Nur eines möchte ich bemerken. Beide Herren sind darin übereinstimmend gewesen, daß die Persönlichkeit des Fürsten Bismarck sich nicht teilen lasse. Den Versuch, den Fürsten Bismarck zu teilen, haben sie nicht gewagt, und das spricht für die Größe der Persönlichkeit des Fürsten Bismarck. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Der großen Persönlichkeit gegenüber muß man die kleinsten Bedenken wegen der ober jener Tat, die er im politischen Leben getan, oder wegen der ober jener Behandlung von Parteien zurücktreten lassen. Und nun bedenken Sie die Konsequenzen aus dem Verhalten im Jahre 1865. Als damals Fürst Bismarck 70 Jahre alt wurde, erhob niemand Einspruch gegen den Vorschlag des Präsidenten v. Webell, dem Fürsten Bismarck zu beglückwünschen. Was hat sich nun seitdem verändert? Das Zentrum sollte doch wissen, daß in der Zeit dieses geschähen ist, um das Verhältnis zwischen den Parteien anders zu gestalten. Das hat Fürst Bismarck getan, nur ein Staatsmann wie Fürst Bismarck konnte die Wege gehen, die er gegangen ist. Das sollten Sie bedenken und darum mit uns die Glückwünsche in Friedrichsruh darbringen. (Beifall rechts.)

Abg. Singer (Sog.): Im Auftrag meiner Freunde habe ich die Erklärung abgegeben, daß wir dem Vorschlag des Präsidenten nicht zustimmen. Wir haben keine Veranlassung, uns an der Kundgebung für den Fürsten Bismarck zu beteiligen. Die vom Fürsten Bismarck zum ausschließlichen Vorteil der besitzenden Klassen geführte Zoll- und Steuerpolitik hat eine schwere Schädigung für das deutsche Volk gebracht und in ihren unheilvollen Wirkungen gerade die Lebensmittel für die arbeitenden Klassen verneuert. Fürst Bismarck hat stets eine Politik der Sonderinteressen und der nationalen und internationalen Gegensätzlichkeit geübt. (Unruhe und Laufen rechts, Zustimmung links.) Er hat insbesondere sein Uebelthun die sozialdemokratische Partei durch Ausnahmegerichte verfolgt und vergewaltigt. (Laufen rechts.) Er hat keinen Anspruch auf Dank und Anerkennung unsererseits. (Rufe rechts: Gott sei Dank!) die wir die stärkste Partei Deutschlands bilden. (Warm rechts.) Wir lehnen den Vorschlag des Präsidenten ab und ich richte das Ersuchen an den Präsidenten, über sein Ansuchen den Beschluß des Reichstages herbeizuführen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Nickerl (Frei. Sog.): Ich gestatte mir namens meiner politischen Freunde zu erklären, daß sie nahezu einstimmig damit einverstanden sind, daß der Reichstag die von dem Präsidenten gewünschte Ermächtigung erteilt. (lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Fürst von Radziwill (Pol.): Im Namen meiner Fraktionsgenossen habe ich folgende Erklärung abgegeben: Wir erblicken in dem Vorschlag des Herrn Präsidenten eine eminent politische Kundgebung, bestimmt, der Begeisterung für das politische Wirken des Fürsten Bismarck in Staat und Reich einen prägnanten Ausdruck zu geben. An einer derartigen Kundgebung teilzunehmen, verbietet uns als politische Partei die Rücksicht darauf, daß sich das amtliche wie außeramtliche Wirken des ersten Reichskanzlers zu den Rechten, welche wir auf nationalem und nationalem Gebiete zu wahren haben, nur zu oft in schroffen Gegensatz gestellt und natürliche und wohlverbriefte Rechte verletzt hat. Wir sehen uns hierdurch gehindert, an der beabsichtigten Kundgebung teilzunehmen.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Den Widerspruch, welchen Abg. Singer namens der sozialdemokratischen Partei erhoben hat, wird Fürst Bismarck verschmerzen, und wenn die Abg. Singer und Richter den Versuch machten, das Votum des Reichstages in dieser Angelegenheit auf das Niveau des Votums der Berliner Stadtverordneten-Versammlung herabzudrücken (Beifall rechts, Unruhe und Laufen links), so finde ich das außerordentlich erklärlich. Aber wenn dieses Votum so abgegeben wird von der Majorität des deutschen Reichstages, wie es die Abg. Singer, Richter, Graf Hompeich hier beantragt haben, so sage ich, daß nicht bloß gegenüber unserem deutschen Vaterlande, sondern auch gegenüber ganz Europa und gegenüber der ganzen Welt (Laufen links), nicht bloß für die Gegenwart, sondern auch für alle Jahrhunderte und für alle Zukunft der Reichstag sich unsterblich lächerlich macht. (lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Frhr. v. Habenberg (Welsch): Im Auftrag meiner politischen Freunde aus Hannover bitte ich den Herrn Präsidenten, bei seiner Beglückwünschung des Fürsten Bismarck uns ausdrücklich davon auszunehmen. Es würde den Hannoveranern schlecht anstehen, an der Ehrung eines Mannes teilzunehmen, welcher unter Mißachtung und schwerer Verletzung des Rechts deutscher Fürsten und Volksstämme Hannover zu einer preussischen Provinz machte. (Auf bei den Nationalliberalen: Gott sei Dank, daß er es getan hat!)

Abg. Graf Jun- und Knyphausen (Sopliant der Konfessionen): Was mein verehrter Landsmann eben hier ausgesprochen hat, trifft nicht auf alle Hannoveraner zu. Ich habe das Gefühl, daß ich hier nicht auf Grund des Art. 24 der Reichsverfassung, und als solcher bin ich gewählt als Vertreter einer Nation, als solcher habe ich eine Ehrenpflicht, eine Ehrung für einen Mann auszusprechen,

der nach meiner Ueberzeugung das Verdienst hat, daß er uns überhaupt die Möglichkeit gegeben hat, in diesem Reichstag zu sitzen. (Beifall rechts.)

Hg. Liebermann von Sonnenberg (Auss.): Namens meiner Freunde habe ich die Erklärung abgegeben, daß wir heutigen Tages unsere Zustimmung zu der Absicht des Präsidenten erteilen, dem Fürsten Bismarck zu seinem 80. Geburtstag die Glückwünsche des Reichstages darzubringen. Wir halten diesen Glückwunsch für eine Pflicht der Dankbarkeit. Alle Deutsche ohne Unterschied des Glaubens und der Parteistellung sind dies dem Bundespräsidenten des Deutschen Reiches schuldig. Die Unterlassung dieser Pflicht würde das Vertrauen zum deutschen Reichstag schwer schädigen und den Spott des Auslandes herausfordern.

Wenn von den großen Parteien der Begrüßung der Herren von der Linken nicht widersprochen wird, so darf ich als Vertreter einer kleinen Partei das für mich auch nicht in Anspruch nehmen. Der Humor der Weltgeschichte wird es sagen, daß, wenn der Name des Fürsten Bismarck noch die Welt erfüllt, man die Herren, die hier demonstrieren, nur deshalb kennen wird, weil man sagen wird: Das sind die sonderbaren Leute, die dem großen Deutschen die Ehre am 80. Geburtstag verjagen wollten. (Beifall rechts, Unruhe links.)

Es wird abgestimmt. Die Abstimmung ist eine namentliche — es erklären sich 146 Abgeordnete für, 163 Abgeordnete gegen den Vorschlag des Präsidenten. Das Resultat wird von der Opposition freudig aufgenommen, während die Minderheit tobt und rast, selbst die feinschmeckendsten Dämchen und gestriegelten und geschürzten Herrchen auf den Tribünen stimmen in das Geheul der Minderheit ein — doch der Präsident v. Reveskow rührt sich nicht; er sieht diesem Treiben ruhig zu, er droht nicht mit der Räumung der Tribünen — seine Stunde hatte geschlagen. Noch einmal ergriff er die Glocke, deren Klang sich die erregte Minderheit jügt und verkündet den Abgeordneten: „Mein Vorschlag ist also abgelehnt; dies Resultat veranlaßt mich, das Präsidium des Reichstages niederzulegen.“ Die Klingel entglitt seinen Händen und unter dem tosenden Beifall seiner Getreuen verließ der Präsident den seit Jahren inne gehaltenen Sitz — der erste Vizepräsident v. Buol übernahm das Präsidium. Wir treten in die Tagesordnung ein — sagte er. Doch vor Eintritt in dieselbe gab Herr v. Bennigsen die Erklärung ab, daß auch der zweite Vizepräsident Dr. Bürklin dem Beispiel des Präsidenten von Reveskow folgen werde, was den Abg. Richter veranlaßte, die Hoffnung auszusprechen, daß das Präsidium des Reichstages auch ohne die beiden Herren im Stande sein werde, die Geschäfte in ordnungsmäßiger Weise zu führen — während das Centrum und die Linke geduldig ausharrte, verließen die Abgeordneten der übrigen Parteien demonstrativ den Saal. Nach allen Himmelsrichtungen wurde telegraphiert und telephoniert (auch die Volkstimme war noch in der Lage, Sonnabend nachmittags ein Extrablatt herauszugeben, das reizend Abjaß fand) und lebhaft gestikulierend verließen Bundesrat und Zuhörer ihre Plätze — der interessanteste Teil der Sitzung war zu Ende. Der Fürst Bismarck wird nicht geehrt, Präsident von Reveskow liegt auf der Strecke, das ist das Resultat jener denkwürdigen Sitzung.

Sie haben's nicht anders gewollt.

Schreibt die Frankfurter Zeitung, die Unterlegenen, daß man von dem Beschluß sagen, den der Reichstag heute gefaßt hat; sie haben die Aktion und die Kraftprobe in einer Sache, die bei ruhiger geschäftsmäßiger Behandlung ohne Konflikt erledigt worden sein würde, vermaßen herausgefordert und damit gezeigt, daß es ihnen weniger darauf ankam, den Fürsten Bismarck vom Reichstag geehrt, als die Mehrheit des Reichstages vor einer wilden Agitation die Waffen strecken zu sehen. Sie haben nicht mehr den

Mut gehabt, Widerstand zu leisten, sie sind vor der nationalen Entrüstung, die dieser Widerstand angefaßt hatte, zu Kreuze gekrochen! — so und ähnlich würde ihr Hohn sich Luft gemacht haben, wenn sie ihren Willen durchgeföhrt, die Erpreßung glücklich vollbracht hätten.

Der Kaiser telegraphiert an Bismarck.

An den Fürsten v. Bismarck, Herzog v. Lauenburg, Friedrichsruh. Euer Durchlaucht spreche ich Meinen Ausbund tiefster Entrüstung über den eben gefaßten Beschluß des Reichstages aus. Derselbe steht im vollsten Gegensatz zu den Geföhlen aller deutschen Fürsten und Völler.

Bismarck bedankt sich für das Telegramm.

Friedrichsruh, 23. d. M., 7 Uhr 15 Min. Ex. Majestät dem Kaiser und Königin, Berlin. Eure Majestät bitte ich, den ehrfurchtsvollen Ausdruck meiner Dankbarkeit für die allerhöchste Kundgebung entgegenzunehmen, durch welche Euer Majestät jede mir noch unbekanntere Unerschrockenheit meiner alten politischen Gegner zum Nutzen einer erstenlichen Genugthuung für mich umzuwandeln. Bismarck.

Nach der Magdeburgischen Zeitung soll die Depesche des Kaisers den Empfindungen, die der Reichstagsbeschluß im deutschen Volke wachrufen muß, in lapidarstillem Ausdruck geben. Nach einer so herben Beurteilung von solcher Seite scheint der Magdeburgischen Zeitung dieser Reichstag dem Tode geweiht zu sein. Seine Auflösung kann darnach unmöglich noch lange aufgeschoben werden. Möge in diesem Falle das Nationalgefühl der Deutschen nicht vergebens bei den Neuwahlen angerufen werden! Gott schütze Kaiser und Reich! ruft klagend das führende Organ der nationalliberalen Partei Magdeburgs aus. Auf die Auflösung des Reichstages freuen wir uns. Sie mag nur bald, recht bald erfolgen — den Bismarckanbetern kann ja dann klar gemacht werden, wie „das Volk“ über die Umsturzglühre der herrschenden Parteien, die Belastung des Volkes durch dieselben denkt. Wir werden ja auch sehen, ob die Mehrheit des deutschen Volkes tief entrüstet ist über die Beschlüsse des Reichstages. Wir werden auf dem Posten sein, sobald das erlösende Wort gesprochen. Daß der heutige Reichstagsbeschluß den Geföhlen der Fürsten widerspricht, mag sein. Fürsten haben schon häufig anders empfunden, wie das Volk. Die Behauptung aber, daß die heutigen Vorgänge im Reichstag auch im Gegensatz zu den Geföhlen des „deutschen Volkes“ ständen, halten wir entschieden für irrig. Das deutsche Volk, abgesehen von den oberen Zehntausend, schuldet dem Fürsten Bismarck keinen Dank; durch sein Regime ist das Volk Jahrzehnte lang politisch geknebelt, der wirtschaftlichen Ausbeutung preisgegeben und immer verachtet worden. — Eine Treue um die andere!

Die Hoffische Zeitung will abwarten, welche politische Folgen diese Kundgebung des Kaisers haben wird. Ob die Absicht der Reichstagsauflösung besteht, müssen die nächsten Tage lehren. Noch ist der Reichshaushalt, der am 1. April in Kraft treten soll, nicht endgültig angenommen. Doch könnte es nicht überraschen, wenn der Antrag, den Reichstag aufzulösen, alsbald an den Bundesrat gelangte, nachdem der Kaiser über einen Beschluß der Volksvertretung seine „tiefste Entrüstung“ ausgesprochen hat. Wenn der Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrat meint, daß dieser Beschluß im vollsten Gegensatz zu den Geföhlen der deutschen Nation steht, so ergibt sich als notwendige Folge, daß die Probe auf dieses Urteil gemacht, also Berufung an das Volk eingelegt wird, und es könnte nur die Frage entstehen, ob die Auflösung unmittelbar mit einem verfassungsmäßigen Interregnum, für das ein späterer Reichstag die Indemnität zu erteilen hätte, der ablehnenden Abstimmung folgen oder ob ver-

fassungsgemäß der Etat erst zu Ende beraten und angenommen werden soll. Der Dienstag, an dem der Reichstag zur Beratung des Haushalts wieder zusammentritt, muß hierüber die Entscheidung bringen. Jedenfalls wird man gut thun, mit baldigen Neuwahlen zu rechnen, zumal auch im gegenwärtigen Reichstage die Ausföhren sowohl der „Umsturzvorlage“ wie der „Finanzreform“ den Wünschen der Regierung nicht entsprechen. —

Die Position der Regierung hat sich verschlechtert.

Der Vorwärts schreibt: Durch ihre Bismarck-Politik haben (unsere Gegner) nicht nur sich und ihren Köpfen vor aller Welt blamiert, sie haben auch das Centrum in einem Augenblick, wo sie es für den Umsturzzugeschacher notwendig brauchten, dermaßen vor den Kopf gestoßen, daß für einige Zeit ein Kompantengeschäft nicht zu denken ist.

Die Hoffische Zeitung schreibt: Das Bündnis zwischen dem Centrum und den Konservativen ist gelockert und manche sehr bedenkliche Vorlage hat an Ausföhren verloren. Daß die Umsturzvorlage, die Tabaksteuervorlage zu Stande kommen, ist unwahrscheinlicher geworden, als es zuvor war. —

Was beabsichtigt die Bismarckfronde?

In parlamentarischen Kreisen und auch in anderen politischen Kreisen befestigt sich immer mehr die Ansicht, daß bei der ganzen Injenzierung der parlamentarischen Bismarckfeier die Drähte in Friedrichsruh gezogen werden. Es gilt, eine Verhekung hervorzubringen zwischen Reichstag und Regierung, aber keineswegs aus Freundschaft für die gegenwärtigen Träger der Regierung. Im Gegenteil ist dieser parlamentarische Spektakel aufzufassen als zweiter Akt zu denjenigen Agitationen für die Umsturzvorlage, welche den Sommer und Herbst vorigen Jahres ausfüllten. Damals galt es, unter dem Ruf „gegen die Sozialdemokratie“ den Grafen Caprivi zu stürzen. Jetzt möchte man unter dem Ruf der Ehrung des Fürsten Bismarck durch Beseitigung der Herren v. Marschall, v. Boetticher, v. Beslepsch, und auch des Fürsten Hohenlohe Platz schaffen für die eigentlichen „Staatsretter“ der Richtung des Grafen Eulenburg, des Grafen Herberich Bismarck und tutti quanti. Der alte Plan seiner Reaktion mit Auflösung des Reichstages, verfassungswidriger Otkroyierung und Ausnahmegeföhren steht im Hintergrunde. Es fehlt freilich jetzt so wenig wie damals in den Parteien an Dummen, welche mittanzgen, ohne zu merken, wozu die Fäden gezogen werden. — (Freisinnige Zeitung.)

Augen offen!

Auf gewaltiges Loben der Presse, auf einen Korybantenlarm der Entrüstung mußte man gefaßt sein — schreibt die Frankfurter Zeitung — und er wird nicht ausbleiben. Wie man sich ihm gegenüber zu verhalten hat, lehrt uns der Vizepräsident v. Buol-Berenburg, der heute, als er den Vorsitz übernahm, die Rechte eine Weile sich austoben ließ und dann gelassen sagte: „Wir treten in die Tagesordnung ein“. Das deutsche Volk hat wichtigere Dinge zu thun, als sich um die Frage der Bismarckkehrung zu erhitzen, schwerere Sorgen als die um den 1. April liegen auf seinem Haupte, Sorgen um drohende Beschränkung der Freiheit des Wortes, um stärkere Belastung und um die Umtriebe einer rückwärtslosen Inter-

Fenilleton. (Nachdruck verboten.)

Ein Held des Geistes und des Schwertes. Historischer Roman aus den Zeiten des deutschen Hanjabundes von A. Otto-Salkter.

In der That hatte Bardenwerper sein riesiges Schwertschwert gezogen und „Hui Braunschweig!“ gerufen. Die Reiter setzten sich in Bewegung und ritten im scharfen Trab durch die Hallerleber Straße dem Thore zu, dessen Bemannung bereits alle Händel besaglich des freien Austritts beseitigt hatte. Die Bürger freuten sich der stolischen Schar ihrer Kriegsknechte und riefen mit Enthusiasmus auf die Begrüßung des Führers: „Hui Braunschweig!“

Aus dem Thor heraus über den Wallgraben ging es im schnellen Trab fort, und als sie bis zum äußeren Scheidewege gekommen, hatte Hiller sein Schwert gezogen und grüßte den zurückbleibenden Hauptmann, worauf er mit seiner Abteilung nach rechts sich wendete. Am Steinthor und am Freienthor beauftragte Hiller die Thormacher von dem Unternehmen und bat sie, ihre Wachen vorzuschieben, dann ließ er hinter die Straße vorziehen und jagte nach dem Magnathore, wo er an einem vor das Thor gesetzten Hügel den Hauptmann Adrami traf, der in aller Gemütsruhe dort ein Stübchen Wein genoss. Hiller stieg vom Pferde, um ihn zu begrüßen und ihm den Zweck der unternehmenden Expedition auseinanderzusetzen.

„Schon recht“, erwiderte der alte Kriegsmann, „nur bleibt gefaßt darauf, daß der Bardenwerper mehr links liegt, als er ursprünglich wollte, denn das ist seine Art, wenn ihm was aufföhrt, was seinen Eifer reizt; nehmt deshalb ja genaue Föhlung mit ihm und überreißt die Stellung der Musketiere, sonst geht's eine Miße, in welche der Herr v. Hanzhaupt, ja gut wie der Herr v. Reveskow gar zu gern eintritt. Es wird einen bösen Kampf um Braunschweig geben, ich immer als einer der früheren war, und mancher von uns wird sein Leben dabei lassen müssen, obwohl die Stadt, wenigstens das Stadtkreuz, es nicht recht wert ist. Das Stadtkreuz, junger Freund, — nun, ich will jetzt nichts weiter darüber sagen, aber ärgern würde es mich, wenn ich dafür mein

Leben opfern müßte, obwohl es jetzt für mich keine Wahl mehr giebt. Da trinkt einmal mit mir auf gute Kameradschaft, und nun will ich Euch auch einen Führer bestellen. He, Leute, schickt einmal den Meister Dehl.“

Große Freude zeigte Meister Dehl, als er den jungen Kriegsmann wieder sah, und er beeilte sich, seine Geneigtheit, ihm als Führer zu dienen, zu bekunden. Im langsamen Schritt ging's nun, mit Neigung nach links, vorwärts bis zu einem Kreuzweg, den Meister Dehl als die letzte Grenze bezeichnete, wo vor der Hand auf eine Seitenbewegung des Feindes zu rechnen sei. Hier ließ auch Hiller seine Reiter halten und ging allein mit seinem Führer bis zu einer Anhöhe vor, von welcher aus der nächste Abhang zum Terrains zu überblicken war. Nachdem er sich überzeugt, daß nichts Verdächtiges in der Nähe, stieg Hiller ab und meinte:

„Die Herzoglichen scheinen heute nicht im Felde zu sein.“

„Schwerlich“, meinte Meister Dehl, „sie waren Euch nur gestern auf den Ecken. Da wir aber hier allein sind, laßt mich Euch in allem Vertrauen fragen: Seid ihr ein Mann des Rates oder des Herrn Hoffmeister?“

„Ei, ich meine alles beides zu sein, Meister!“

„Nun ja, im allgemeinen, da läßt sich das wohl vereinigen. Aber wenn es sich nun um einen von beiden handeln sollte, verfißt Ihr wohl, auf welche Seite würdet Ihr Euch dann schlagen?“

„So wie es steht, wie es mit mir steht, bin ich nur auf Wunsch des Herrn Hoffmeister in Dienste dieser Stadt getreten, und sonst habe ich keine Beziehungen zu der Stadt.“

„Seht, das wollte ich eben wissen. Und wie ist es nun, wenn sich's treffen sollte, daß Ihr auch entgegen dem Rat für Herrn Hoffmeister etwas thun solltet?“

„Ich kann mir nicht vorstellen, daß Herr Hoffmeister je etwas Unrechtes wollen könnte, und würde deshalb freis, bis ich eines Besseren belehrt würde, auf seine Seite treten.“

„Und wenn Ihr erfahrt, daß Herr Hoffmeister etwas Gutes erstrebt gegenüber dem Maire, würdet Ihr da auf seiner Seite stehen?“

„Auf Seiten des Herrn Hoffmeister, wenn er etwas Gutes will? Allezeit!“

„Etwas Gutes will Herr Hoffmeister und alle seine

Anhänger, zu denen ich, wie Ihr durch meine Bürgerschaftsleistung in seinem Namen erkannt haben werdet, gehöre, wollen es auch, nämlich: Beseitigung der Herrschaft der Geschlechter und Herstellung der Gleichberechtigung aller Bürger, ob arm, ob reich, und Errichtung einer allgemeinen gerechten vollstümlichen Stadtverwaltung. Eine solche war vor einigen Jahren erstrebt worden, aber man hat unsere Vorkämpfer gefoltert und hingerichtet; Herr Hoffmeister selbst ist nur wegen seiner hochachtbaren Stellung und wegen seiner Eigenschaft als Vertrauensmann des mächtigen Bundes der Hansa der schwereren Verfolgung entgangen. Man hat uns sonst unserer besten Geister beraubt; der edle Hauptmann Hennig Brabant ist auf die entleglichste Folter gespannt und schließlich mit gebrochenen Gliedern hingerichtet worden, wie viele andere hochedle Männer. Aber ein freierlicher Bund ist ein Körper wie der einer Amphibie, wie sie lebt er fort und erglänzt die verlorenen Glieder. Einer von den am meisten verfolgten Vorkämpfern lebt noch verborgen bei uns.“

„Meister Oldendorp!“ rief Hiller lebhaft.

„Ja, Ihr wißt's, ich habe Euch gleich als einen der Unseren erkannt. Was meint Ihr, soll mit ihm werden?“

„Er muß befreit werden, und ich, ich werde ihn befreien, und wenn ganz Braunschweig sich dagegen setzen sollte.“

„Ihr werdet es und Ihr sollt es, ich habe mir gleich gedacht, daß Herr Hoffmeister Euch dazu hat kommen lassen. Aber Ihr braucht Freunde und Helfer. Kommt heute abend, wenn Ihr glücklich zurückgekehrt seid, nach dem Siejeler; am Michaelisthor versammeln sich unsere Freunde oben im Turm. Ein Mann, wie Ihr, wird dem Ganzen Halt geben, denn die meisten sind noch sehr verjüchert.“

„Habt keine Bange, Meister Dehl, ob mit Euch oder ohne Euch, ich bin schon längst entschlossen, für denn Mann des Rechts und der Freiheit einzutreten.“

„Und Ihr werdet Euch einstellen?“

„Ich werde da sein; verlaßt Euch auf mich. Aber nun, seht Ihr da, es blüht etwas in der Sonne?“

„Es ist ein kleiner Drupp von reifigen Reuten“, meinte Meister Dehl, „der sich nach Norden wendet.“

(Fortsetzung folgt.)

essenpolitik. Mögen jetzt die Rechte und die Nationalliberalen alle Register der Entrüstung ziehen und Markt und Straßen mit wildem Geschrei erfüllen — „wir treten in die Tagesordnung ein“.

Bestimmungen zur Abstimmung über die Ehrung des Fürsten Bismarck im Reichstage.

Ein Akt der Justiz hatte sich erfüllt. Die Nemesis hatte ihres Amtes gewaltet. Das deutsche Volk hatte durch den Mund seiner Vertreter den Mann gerichtet, der mehr Unrecht gethan, und mehr Elend über die Welt gebracht hat, als irgend ein anderer seit dem Tode des ersten Napoleon, und der nicht wie dieser seinem belasteten Schuldkonto große Kulturthaten gegenüber zu stellen hat. Der deutsche Reichstag hat heute zum erstenmal Mühe gezeigt, hat den mächtigen Einflüssen der vereinigten reaktionären Parteien erfolgreich getrotzt, und, indem er dem Urheber der Blut- und Eisenpolitik das Urtheil sprach, die Ehre des deutschen Volkes gewahrt und sich selbst für dieses eine Mal des Namens einer Volksvertretung würdig bewiesen. (Vorwärts.)

Mit Flamenschrift prägt sich unserm Bewußtsein das große Ereignis des gestrigen Tages ein: Fünfundzwanzig Jahre nach der Begründung des Deutschen Reiches verweigert dessen berufene parlamentarische Vertretung eine in Antrag gebrachte Huldigung dem Manne, den seine Parteigänger den Begründer dieses Reiches nennen; sie verweigert ihm die Huldigung, weil sie folgendes begriffen hat und freimüthig vor aller Welt folgendes bekennen will: Hat dieser Mann das Verdienst, das man ihm zuschreibt, so ist dieses Verdienst abfordern, aufgewogen, aufgezehrt durch die negative Seite seiner Thätigkeit! Mehr als er geschaffen, hat er zerstört. Hat er das Deutsche Reich geschaffen — es sei einmal der Pöhlerglaube unangefochten gelassen, als könne ein Einzelner „Weltgeschichte machen“ — so hat er der Form einen Inhalt gegeben, der dem Deutschen Reiche die Erfüllung seiner Kulturaufgaben erschwert. Ist der gestrige ablehnende Beschluß, wie die Parteigänger Bismarcks behaupten, aus Haß hervorgegangen, nun, so hat er den Haß gesät. Wie die Saat, so die Ernte! Er hat seinen politischen Gegnern zu kosten gegeben das „Knirschen des ganzen inneren Menschen“, als sie verfolgt wurden mit Gefängnisstrafen, mit dem Auseinanderreißen der Familie, mit Ausnahmegegesetzes-Paragrafen. Noch stehen die meisten von ihnen im politischen Kampfe, die er im Parlament als „Reichsfeinde“ verdächtigt hat, die durch eine schamlose offiziöse Presse mit Unrat aus allen Winkeln beworfen worden sind, die geschäftliche und gesellschaftliche Achtung haben über sich ergehen lassen müssen, weil sie ihren gesunden Menschenverstand nicht haben opfern wollen dem Dogma von der Unfehlbarkeit des Fürsten Bismarck. (Volkszeitung.)

Die Bismarckarbeiter beabsichtigen im Reichstage zunächst den zurückgetretenen Präsidenten v. Levetzow wieder vorzuschlagen. Unsinn! Der Mann ist endgültig abgethan.

Die Minderheit des Reichstages will mit der Mehrheit des Reichstages nichts mehr zu thun haben und will von der Teilnahme an der Leitung der Geschäfte des Hauses zurücktreten; konsequenter Weise müßte sie auch ihre Mitglieder aus dem Bureau des Hauses und aus den Kommissionen abberufen, also recht eigentlich streikten. Wenn man die Sache ansieht, kommt man zu dem Ausspruch des alten Meier-Urnswalbe: „Es wird auch so gehen.“

Bei der Abstimmung über die Beglückwünschung fehlten 72 Abgeordnete, darunter nach ihrer Parteistellung 47 Gegner und 28 Freunde des Antrags. Bei vollständigem Hause würde daher der Antrag v. Levetzow nicht mit 163 gegen 146, sondern mit 210 gegen 174 Stimmen abgelehnt worden sein; welche tiefe Entrüstung würde sich bei einzelnen Personen bemerkbar gemacht haben, wenn mit dieser Majorität die Huldigung des alten Reichskanzlers abgelehnt worden wäre. Es fehlten bei der Abstimmung namentlich viele Süddeutsche, 15 Centrum, 8 Elässer, 5 Polen, 6 Sozialdemokraten, 2 vom Bayerischen Bauernbund, 7 von der Deutschen und 3 von der Freisinnigen Volkspartei. Von den Freunden des Antrags fehlten 7 Antijemiten, 15 Konervative und Freikonervative, 4 Nationalliberale und 2 Freisinnige Vereinigung.

Im Abgeordnetenhaus kam am Sonnabend bei vollzähliger Besetzung des Antrags der Kartellparteien auf Beglückwünschung des Fürsten Bismarck seitens des Hauses zur Votierung des 80. Lebensjahres zur Verhandlung. Nachdem Graf Bismarck-Sittum sein Spröcklein hergesagt und der Centrumsvertreter sich gegen die Huldigung ausgesprochen, erhielt Abg. Birchow das Wort. Mit lärmenden Unterbrechungen und schallendem Gelächter nahmen Konervative und Centrum die Darlegung auf, daß die Partei bei aller Anerkennung der Verdienste Bismarcks um die auswärtige Politik sich an der beabsichtigten Huldigung nicht beteiligen könne, weil sie von je in der inneren Politik in schärfstem Gegensatz zu ihm gestanden habe. Der Värm, an dem übrigens die Nationalliberalen mit großer Urvücksichtigkeit sich beteiligten, erreichte seinen Höhepunkt, als Birchow aussprach, Bismarcks innere Politik habe den deutschen Volksgeist schwer verwirrt, und seine Enthebung von den höchsten Reichs- und Staatsämtern sei die Vorbedingung für die Wiedergenehung des deutschen Volksgeistes gewesen. — Die Huldigung des Fürsten wurde von der Mehrheit des Hauses angenommen. Ein anderes Resultat haben wir nicht erwartet.

Gefährungen, Verfolgungen etc.

Wie man uns behandelt. In Sachsen sind in den letzten Monaten Vereine aufgelöst wegen Dingen, in denen nur eine kunstvolle Gesetzesauslegung eine Verletzung der Verbindungs-Paragrafen entdecken kann. Unsere Partei in Chemnitz, die keine Spur von äußerer Vereinsform zeigte, wurde trotzdem als solche betrachtet und aufgelöst. Den Gewerkschaften wurden durch kunstvolle Gesetzesdeutung die Beschäftigung mit öffentlichen Angelegenheiten unterstellt und sie dann aufgelöst. Unsere Turn- und Gesangsvereine werden dem Gesetz unterstellt, weil sie Freiheitslieder singen und dann aufgelöst, wenn sie ein gemeinschaftliches Fest abhalten. Die Frauenorganisation in Leipzig ist aufgelöst worden, weil sie ein paar Mark Geld an die Organisation in Berlin geschickt hat. Dem entgegen befindet sich in einer Anzahl Amtsblätter des sechsten Reichstagswahlkreises ein Inserat, das zur Wahl des Ordnungsparteilers Andrá auffordert und folgendermaßen unterschrieben ist:

„Der Wahlauschuß für die Kandidatur Andrá:

- Im Auftrage: v. Mostiz, Bramsch, Konservativer Verein, Bund der Landwirte, Dietel, Nationalliberaler Verein.“

Hier sind also politische Vereine miteinander in Verbindung getreten. Das ist eine offene Verletzung der §§ 24 und 25 des sächsischen Vereinsgesetzes. Nach gesammelten Erfahrungen bezweifeln wir die Auflösung der Vereine und Bestrafung der Vereinsvorstände. Die herrschende Klasse ist ja bemüht, alles zu thun, was das Rechtsbewußtsein im Volke befestigt.

Wegen **Beleidigung des Rates der Stadt Leipzig** wurde der Redakteur der Würzener Zeitung, Genosse Köhn, zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Wegen **Beleidigung eines Offiziers** wurde der Redakteur der Unterfränkischen Volkstribüne, Genosse Galm in Würzburg, zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Konfiszirt wurde die letzte Nummer der Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung. Es fielen der Polizei ganze 37 Exemplare in die Hände. Die mutmaßliche Ursache der Beschlagnahme ist ein Märzartikel.

Konfiszirt wurde die vorletzte Nummer der Volkswacht in Breslau wegen Majestätsbeleidigung. Es geht also auch ohne Umsturzgesetz.

Regel's sozialdemokratisches Liederbuch, welches im Verlage des Reichstagsabgeordneten Dieck in Stuttgart erschienen ist, macht der Kriminalpolizei und den Gerichten recht viel Mühe und Arbeit, denn sobald eine neue Auflage der Beschlagnahme verfallen ist und zu Strafprozessen gegen die Verbreiter geführt hat, erscheint eine neue Auflage unter Begleitung der vom Gericht beanstandeten Lieder. Trotz dieser Säuberungsmethode findet die Anklagebehörde den Inhalt des Liederbuches doch noch immer für strafbar und so hatten sich denn gestern wieder einmal die Buchhändler Jul. Wüning und Louis Abel, sowie der Zeitungshändler Otto Blesche vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I wegen Anreizung zu Gewaltthätigkeiten durch Verbreitung der 6. Auflage des Liederbuches zu verantworten. Die Angeklagten wurden jedoch freigesprochen. Auch wurde die Beschlagnahme aufgehoben.

Die Saalbesitzer Magdeburgs

verweigern nach wie vor den Sozialdemokraten ihre Säle. Während die übrigen Parteien zu jeder Zeit die größeren Säle Magdeburgs benutzen können, sind dieselben den Sozialdemokraten verschlossen. Parteien, welche laut Programm die Erhaltung und den Ausbau des Vereins- und Versammlungsrechtes erstreben, auf das ein Kulturvolk nicht verzichten kann, unterstützen die Wirthe in ihrem reaktionären Treiben. Aber auch Arbeiter und Arbeiterinnen, ganz besonders die Jugend beiderlei Geschlechts, welche den Ernst des Lebens noch nicht erkannt haben, fallen ihren Mitmenschen in den Rücken und tragen ihre paar Hungerpfennige Wirthen zu, die wohl auf das Geld von Sozialdemokraten spekulieren, diese selbst aber aus Furcht vor Polizei und Militär boykottiert haben.

Unter diesen Umständen gestaltet sich der Kampf der Magdeburger Arbeiterschaft gegen ihre Widersacher immer schwieriger. Es bleibt, da wir auf ein Waffenaufgebot unserer Kräfte verzichten müssen, nur noch die Presse übrig, welche mit Schärfe die Peitsche über die Gegner jedes gesunden Fortschritts, die Befürworter unserer heutigen, so verhängnisvollen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, schwingt, unbekümmert um das Geheul der Gezüchtigten, das Gekläff der Getretenen. Mit Sammethandschuhen kann eine Gesellschaft, die uns mit Skorpionen schlagen will, nicht angefaßt werden. In der Presse haben wir allen Gewaltstreichen gegen die arbeitenden Schichten entgegentreten.

Die nächstfolgenden Monate werden Ereignisse von größter Tragweite für unser ganzes deutsches Volk bringen. Es handelt sich darum, ob es den Machthabern gelingt, alle freien Gedanken gänzlich zu ersticken und dadurch jegliche Regierung des Volkes nach wirtschaftlicher Besserstellung unmöglich zu machen. Es handelt sich ferner darum, ob die Tabaksteuer, sowie neue Viebesgaben an das Junkertum eingeführt werden sollen oder ob unser vielbesteuertes Volk endlich von solchen neuen Lasten verschont bleiben soll. Es ist die Frage, ob es den ostelbischen Agrariern gelingen wird, ihre grotesken Pläne auf Getreideverteuerung durchzuführen. Diese und zahlreiche andere wichtigste Fragen harren ihrer Lösung. In einer so bedeutsamen Zeitlage ist es unbedingt nötig, daß die denkenden Männer und Frauen des Volkes diejenigen Zeitungen unterstützen, welche mutvoll und kein Opfer scheuend für das Volkswohl gegen die Unterdrückungs- und Ausbeutungsgelüste kämpfen.

Eine solche Zeitung ist die Volksstimme, das einzige Organ hierorts, welches für Wohlfahrt und Freiheit des armen Volkes kämpft. Auf die Volksstimme zu abonnieren, muß Ehrenpflicht aller Unterdrückten sein.

Tages-Chronik.

Magdeburg, 25. März 1895.

— Ein Bismarckdenkmal. Während am Sonnabend der Reichstag in ruhmeswürdiger Weise es ablehnte, dem Fürsten Bismarck seine Glückwünsche darzubringen, hatten sich in dem Wein- und Acker-Salon der „Stadt Prag“ aus eigener Veranlassung 50 Bourgeois zusammengefunden, um über die Errichtung eines Bismarckdenkmals zu beraten. Daß diesen Leuten die Errichtung derselben für nötig halten, ist in Anbetracht ihrer sozialen Stellung selbstverständlich. Es wurde beschlossen, einen Aufruf zur Sammlung von Beiträgen für das Denkmal ergehen zu lassen. Selbst die Kosten für die Berechnung ihres Bourgeoisgenossens zu tragen, halten die Herren für nicht in der Ordnung, es muß der Mittelhaß geschwungen werden und schließlich noch ein geübiger Trud von Seiten der Kapitalisten auf die ihnen Untergebenen ausgeübt werden, um ja ein paar Mark zusammen zu bringen. Daß Menschen, die da wissen, daß sie zum arbeitenden Volke gehören, nicht 3 für den Bau geben werden, weiß jeder; und sollten sich dennoch Arbeiternamen auf den Listen befinden, dann sind sie nicht freiwillig auf dieselben gesetzt worden. Wie das gemacht wird, wissen unsere Arbeiter, und daß irgend so etwas geplant ist, geht aus dem Bericht der Magdeburgerischen Zeitung hervor, in dem es heißt: „Die Teilnehmer an der Versammlung gingen mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß ihr Vorhaben in den weitesten Kreisen der Bürgerschaft Anklang finden und zum besten Abschluß gelangen werde, auseinander.“ Die Magdeburger Arbeiterschaft, also der größte Teil der Bürgerschaft ist sozialdemokratisch, selbst die Arbeiter in den christlichen Arbeitervereinen sind (nach dem von uns in voriger Nummer widergegebenen Sprechtartikel des Generalanzeigers) Sozialdemokraten. Wo sollen da also die vielen Bismarck-Pfennige hergenommen werden? wie sollen also die Arbeitergenossen zusammengeschart werden?

— Von mehreren Mitgliedern der freisinnigen Volkspartei werden wir ersucht, bezüglich mitzuteilen, daß die Partei sich an der in Magdeburg geplanten Bismarckfeier nicht beteiligt. Dem Vorstand ist auch nicht bekannt geworden, daß irgend ein Mitglied der Partei dem sogenannten Festakt beizuwohnt. Wir nehmen von dieser Erklärung sehr gern Notiz, müssen aber zu unserer Entschuldigung anführen, daß das Verhalten einzelner Mitglieder der freisinnigen Volkspartei die Kritik herausgefordert hat. Als im Stadtverordnetenkollegium 1300 Mark zur Bismarckfeier bewilligt wurden, da erhob sich von freisinniger Seite kein Widerspruch. Wir haben beklagt, daß auch von sozialdemokratischer Seite die Angelegenheit unbeachtet geblieben ist. Man hat uns jedoch später mitgeteilt, daß Stadtverordneter Genosse Klees im Reichstage gewesen ist. Daß die Anhänger des Nichtsden „Freisinn“ sich an der Bismarckfeier beteiligen, wird aber niemandem beizureiten wollen.

— Städtischer Schlacht- und Viehhof. Aufruf in der Woche vom 18.—23. März 1895: 223 Rinder einschl. 26 Bullen, 452 Rälber, 302 Schafe etc., 2022 Schweine, davon 92 Ferkel.

— Zur Zwangsversteigerung am Freitag morgen das Grundstück Tharapark, Döbnerstraße 69/71. Belastet war es mit Hypotheken von 410 000 Mk. Der Meistbietende war der Pfandbesitzer des Tharaparks, Pferdehändler Friedrich Gumbel, der 409 000 Mk. bot. Der Zuschlag kann jedoch aus gesetzlichen Gründen nicht erteilt werden.

— Die Bevölkerungsstatistik Magdeburgs betrug am 9. Februar: Altstadt 95,753, Wilhelmstadt 16,129, Friedrichsstadt mit Werder 10,529, Endenburg 29,553, Neustadt 44,829, Sudau 26,952, zusammen 223,745 Personen (114,099 männliche, 109,646 weibliche), gegen die Vorwoche mehr 187 Personen. Die Zahl der Junggebornen betrug 998, die der Sterbgeborenen 822. Nach dem Verhältnis dieser Woche würde sich die Vermehrung der Bevölkerung im Laufe eines Jahres auf 43,6 für das Tausend stellen.

— Geboren wurden in der Woche vom 3.—9. Februar d. Js.: 80 männliche, 86 weibliche, zusammen 166; todbekommen 7. Gestorben sind 41 männliche, 47 weibliche, zusammen 88 Personen, darunter an Diphtherie und Group 5.

— Frühjahrs-Kontroll-Versammlungen. Am Montag, den 1. April, morgens 8½ Uhr beginnen in der Reichsbahn am Stern die Kontroll-Versammlungen. Erscheinen müssen 1) die zur Disposition der Truppenteile Entlassenen, 2) sämtliche Reservisten der Jahrgänge 1887—1894, 3) die Mannschaften der Landwehr ersten Aufgebots (Neubgänge 1882—1885), 4) sämtliche Ersatzreservisten der Wehrjahre 1862—1874, 5) die vor beendeter Dienstzeit zur Disposition Entlassenen.

— Das Volksfest, welches vom Verein der Röß- und Wackerreiter auf dem Krakauer Gelände veranstaltet wird, findet am 14. April statt und dauert bis einschließlich den 22. April. Für die Sonn-

Montag, den 1. April 1895:

Zwei öffentliche Volks-Versammlungen

in den Sälen

„Friedrichslust“ und „Weißer Hirschk“.

Tagesordnung:

Warum verweigert die Sozialdemokratie dem Fürsten Bismarck die Huldigung.

Referenten: Abgeordnete Wilh. Klees u. Alb. Schmidt.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 23. März 1895.

Nachdem der Reichstag das Gesetz des Präsidenten abgelehnt (lies den besonderen Artikel) wurde in die Beratung des Etats der Verwaltung der Reichseisenbahnen eingetreten und derselbe ohne wesentliche Diskussion angenommen. Bei dem Etat für Zölle und Verbrauchssteuern schlägt die Kommission verschiedene Erhöhungen der Einnahmeziffern vor.

Schatzsekretär Graf von Posadowsky warnt im Laufe der Debatte vor einem solchen Vorgehen, das einer falschen Auffassung des Staatsrechtes des Reichstages entspringe.

Richter bekämpft diese Ausführungen. Die Kommissionsbeschlüsse werden angenommen.

Zur „Brauener“ begründet Abg. Wurm (Soz.) eine Resolution, daß bei der Bierbereitung alle Surrogate verboten sein sollen. Nur Malz, Hefe und Hopfen sollen gestattet sein. Besonders die Hamburger Bierbrauer hätten die Gewohnheit, mit Vorliebe Surrogate zu verwenden.

Abg. Richter (wildliberal) erklärt sich im Prinzip für das Verbot der Surrogate, wie es ja auch die Branereien verlangt hätten. Hoffentlich würden die Regierungen bald ein Gesetz verlangen, in dem ein Verbot der Surrogate ausgesprochen werde ohne Erhöhung der Brauersteuer.

Staatssekretär Graf Posadowsky weist auf die Schwierigkeit der Regelung dieser Frage hin. Die Biersteuer werde früher oder später eine Rolle spielen. (Hört! Hört! links.) Sollte ein neues Biersteuergesetz aber vorgelegt werden, dann werde auch das Surrogatverbot erlassen werden.

Abg. Richter (Soz. Volksp.): Wenn die Biersteuer kommt, wird sie hoffentlich ebenso aufs Haupt geschlagen werden wie die Tabaksteuer. (Heiterkeit)

Die Resolution wird angenommen und der Etat bewilligt, ebenso debattelos der Etat der Reichsstempelabgaben.

Darauf verlagert sich das Haus. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wird die nächste Sitzung entgegen den Wünschen der Bismarckianer am Dienstag abgehalten. Tagesordnung: Rest des Etats, zweite Beratung der Polikursverträge.

Die Reichstagsabgeordneten sind telegraphisch ersucht worden, am Dienstag vollzählig im Reichstag zu sein. Die Fraktionen werden an diesem Tage über die Wahl des neuen Präsidenten beraten.

Die Präsidentenstelle wird jedenfalls der Abgeordnete Spahn (Centr.) befehlen. Spahn ist Jurist, langjähriger Vorsitzender der Wahlprüfungskommission und genießt das Vertrauen der links stehenden Parteien. Voraussichtlich fällt die erste Vizepräsidentenstelle der freisinnigen Volkspartei zu. In Aussicht ist der Abg. Schmidt-Elsberfeld genommen.

und Festtage ist der Beginn des Betriebes auf nachmittags 3 Uhr festgesetzt, der Schluss an allen Tagen auf abends 10 Uhr.

Aus der Haft entlassen ist der Apothekerlehrling Browe in Freiburg i. B., der am Schluss der Strafkammerung über den Fall Wittiger verhaftet war und unter dem Verdachte stand, den Tod des stud. Wittiger verschuldet zu haben.

Groß-Ottersleben. (Eingekandt.) Die Furcht vor den „Roten“ scheint sich wie die Influenza auf andere Personen zu übertragen. Suchte da Herr Stogge, Feldstr. 8, einen ersten Gefellen durch Herrn K., welcher den in Ottersleben durch Herrn Buhj gemäßigten Väter als einen solchen empfahl. Als Meister Stogge zu Herrn K. kam und letzterer den Väter empfahl, dabei aber sagte, er habe früher bei Herrn Buhj in Groß-Ottersleben gearbeitet, erklärte Herr Stogge: „Ach, man ja nicht, schiden Sie mich den nicht, das ist ein echter Rotter, der ist ja auf dem Kongress gewesen, der will ja die Arbeitszeit verkürzen.“ Und so erhielt der Vätergefelle keine Arbeit. Wie es scheint, ist dieses Vorgehen eine abgemachte Sache und bereits organisiert. Ob die Furcht hierbei der treibende Kell ist, will ich heute noch nicht behaupten, zu vermuten ist es aber sehr hart. Die Vätergefellen mögen sich an dem sozialistischen Handeln der Arbeitgeber ein Beispiel nehmen, und sich ebenso mit ihren Arbeitshilfen organisieren zwecks Vertretung der Arbeiterinteressen. Wie die Organisation der Arbeiter den Arbeitgebern ein Dorn im Auge ist, beweist das jetzige Handeln der Meister. Aber gerade an diesem sollte man den Wert der Organisation erkennen. Auch mögen die Väter an dem Handeln der Meister sehen, daß von einer Harmonie keine Rede mehr sein kann. Der gemäßigteste Väter that weiter nichts, als die Interessen seiner Kollegen zu vertreten, zu beraten, wie die Lage der Arbeiter verbessert werden könne — und das ging gegen das Interesse der Arbeitgeber, da die letzteren nur verbieten können durch eine lange und strenge Anspannung der Arbeitskräfte, und Arbeiter wiederum nur ihre Lage verbessern können durch Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne. Das alles kann aber nur durch die Organisation erreicht werden. Also: organisiert Euch! Der Vertrauensmann der Väter Magdeburgs.

Gräfenthal. (Erkld.) Dieser Tage ist in einer Arbeiterfamilie ein 6 Monate altes Kind erkrankt, welches die Mutter, um es vor Erkältung zu schützen, in wollene Decken gehüllt hatte.

Langelsheim. (Mittheilung der Arbeiter.) Zwei Tagelöhner, W. und M., welche die von dem Brande des Böhmischen Grundstückes übrig gebliebene Brandmauer abbrechen wollten, wurden durch die plötzlich einströmende Mauer verschüttet. M. war sofort tot und W. kurz in der nächsten Viertelstunde.

Helm. (Die Opfer der Explosion.) Die Zahl der bei der Dynamitexplosion in Kretzen Getödeten beträgt 13, die der Verwundeten 4.

Helm. (Arbeiterausstand.) Am Sonnabend legten 50 Arbeiter der Braunkohlen- und Triquetfabrik „Grube Sibylla“ in Venzelrat bei Treisden wegen zu geringer Löhne die Arbeit nieder. Die Demarche der Werkerschaft „Blind auf“ wurde demoliert. Der Gendarm, welcher gegen die wütende Menge blank zog, erlitt ziemlich erhebliche Verletzungen am Kopfe. Das Werk liegt still.

Neueste Nachrichten.

New-York. Die Sonderanklagejury erhob Anklage gegen weitere elf hervorragende Beamte der städtischen Polizeiabteilung wegen Betrugs.

Kopenhagen. Bei den Kammerwahlen siegten die Kandidaten der Rechten über die mit den Sozialdemokraten vereinigte Linke.

Brüssel. Auch der Generalrat der christlichen demokratischen Liga hat beschlossen, sofort aller Orten Kundgebungen gegen die Uebernahme des Kongostaates und jede Steigerung der Militärlasten zu veranstalten. Die Liga hint der sozialdemokratischen Partei nach. Dennoch ist ihr Protest bedeutungsvoll.

London. Mit 176 gegen 158 Stimmen in das Unterhaus die Befolgung der Abgeordneten an Schatzkanzler Harcourt unterstützte den Antrag auf wärme Und im deutschen Reichstage?

Sofia. Wegen ernstlicher Unruhen an der Univer wurde die juristische Fakultät geschlossen.

Christiana. Die Militärkommission beantragte 10,000 Kronen für ein internationales Turnfest zu willigen, das im Juni 1895 in Christiania stattfindet.

Zur Lokalfrage.

Wir erhalten folgendes Schreiben:

Ihnen zur gefl. Nachricht, daß ich Ihnen meinen Saal zu sammlungswecken nicht freigeben kann, da dieser den Polzei schriften nicht genügt. Ich bitte Sie, dieferhalb sich um einen anderen Saal zu bemühen, da ich meinen Saal erst den Polzei entsprechend ändern muß; zu Vergnügungen zc. stehen Ihnen die Räumlichkeiten jederzeit zur Verfügung.

Wenn das Lokal „Zur Börse“ den polizeilichen Vorschriften nicht entspricht, sobald sozialdemokratische Sammlungen dort abgehalten werden, erscheint es sonderbar, daß dieselben polizeilichen Vorschriften auch acht gelassen werden, sobald sozialdemokratische Vergnügungen abgehalten werden, die auch stark besucht sind. Vergnügungslotale haben wir genug, wir gebrauchen keine Sammlungslokale.

Die Lokal-Kommission. Carl Danlau.

Allgemeiner Arbeiterverein für Magdeburg und Umgegend.

Berammlung in Magdeburg am Dienstag, d. 26. März, abends 8 Uhr im Restaurant „Zur Gemüthlichkeit“

Berammlung in Budau am Mittwoch, den 27. März 1895, abends 8 Uhr im „Thalia-Restaurant“

Vortrag über: Gotthold Ephraim Lessing. Referent in beiden Versammlungen: Edgar Steiger aus Leipzig.

Vortrag über: Gedanken- u. Redefreiheit in geschichtlicher Bedeutung. Referent in beiden Versammlungen: Edgar Steiger aus Leipzig.

Die Mitglieder werden höfentlich für den Besuch dieser lehrreichen Vorträge Sorge tragen, damit wenigstens die Kleinen in Betracht kommenden Fälle geführt werden. Mehr denn je ist es notwendig, daß die Arbeiter derartige Vorträge besuchen, in einigen Monaten können sie vielleicht gar nicht mehr gehalten werden. Gäste sind in beiden Versammlungen willkommen.

Der Vorstand.

Advertisement for Schuhwaren-Lager (shoe store) at Jakobstr. 25, featuring various styles of shoes and boots.

Advertisement for Möbel! Möbel! (furniture) by L. Hellge, Tischlermstr., located at Budau, Gärtnerstr. 11.

Advertisement for Sofas hochhüpt. Bettstellen (sofas and beds) by R. Richter, located at Große Marktstraße 14.

Advertisement for Homöopathie! (homeopathy) by Louis Visser, located at Magdeburg, Jakobsstraße 3.

Advertisement for Naturheilverein Sudenburg (natural healing society) with a meeting on Wednesday, March 27th.

Advertisement for Die Krankenkassen u. das Naturheilverfahren (sickness funds and natural healing) with a meeting on Wednesday, March 27th.

Advertisement for Bazar Magdeburg (charity bazaar) at Jakob- und Petersstr. Ecke.

Advertisement for Zur Konfirmation! (confirmation) featuring a rich stock of shoes and boots.

Advertisement for Wollgarn (wool yarn) by Bazar Magdeburg.

Advertisement for Privat-Pfandhaus (private pawnshop) at Franziskanerstraße 3a.

Advertisement for Gebrauchte (used goods) including books and other items.

Advertisement for Privat-Pfandhaus (private pawnshop) at Franziskanerstraße 3a, listing various items for pawn.

Advertisement for Gegen Influenza (against influenza) featuring a steam bath and other health products.

Advertisement for Spielplan des Stadttheaters (theater program) for Magdeburg, listing plays and dates.